

Wir wollten und wollen nicht die auftrumpfenden Sieger sein: Die schwierige Kommunikation zwischen SozialpädagogInnen der DDR und der Bundesrepublik in den ersten Jahren nach dem Fall der Mauer

Kappeler, Manfred; Müller, C. W.

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kappeler, M., & Müller, C. W. (2014). Wir wollten und wollen nicht die auftrumpfenden Sieger sein: Die schwierige Kommunikation zwischen SozialpädagogInnen der DDR und der Bundesrepublik in den ersten Jahren nach dem Fall der Mauer. *Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*, 34(131), 97-108. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-49849-8>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Manfred Kappeler & C.W. Müller

Wir wollten und wollen nicht die auftrumpfenden Sieger sein

Die schwierige Kommunikation zwischen
SozialpädagogInnen der DDR und der Bundesrepublik in
den ersten Jahren nach dem Fall der Mauer

Angeregt durch die Kontroverse um die Veröffentlichung von Eberhard Mannschatz' Beitrag „Rückblick auf die Soziale Arbeit in der DDR“ in Timm Kunstreichs Buch *Grundkurs Soziale Arbeit* haben wir diesen Text geschrieben. Es ist ein persönlicher Rückblick auf unsere ersten Begegnungen mit RepräsentantInnen der DDR-Jugendhilfe, unter ihnen Eberhard Mannschatz, unmittelbar nach dem Fall der Mauer und in den Jahren danach. Wir sind der Meinung, dass sich in unseren subjektiven Erinnerungen die Schwierigkeiten einer historisch belasteten Kommunikation spiegeln, die auch andere Kolleginnen und Kollegen aus Theorie und Praxis der westdeutschen Jugendhilfe in diesen Begegnungen hatten, sofern sie, bei aller Freude und Ergriffenheit über das Ende dieser menschenverachtenden Trennlinie zwischen den beiden deutschen Staaten, zu den Menschen gehörten, denen es nicht umstandslos um „Beitritt“ als hegemoniale „Übernahme“ ging, sondern um Annäherung und Verständigung. Das von Egon Bahr und Willy Brandt vor der Öffnung der Grenze formulierte deutschlandpolitische Konzept „Wandel durch Annäherung“ fanden wir richtig, sofern damit keine einseitige Bewegung von Ost nach West gemeint war.

Im Januar 1990 wurden wir, die Mitglieder des Westberliner Instituts für Sozialpädagogik an der Technischen Universität Berlin, von der Leitung des Ostberliner Instituts für Sozialpädagogik an der Humboldt-Universität – dem einzigen in der DDR – zu einem ersten Treffen eingeladen. Obwohl die Standorte der Institute nur drei Kilometer voneinander entfernt waren, hatten wir nie die Möglichkeit genutzt, mit einem Tagesvisum, das für WestberlinerInnen bei der

DDR-Visumstelle zwölfmal im Jahr beantragt werden konnte, mit dem Institut in Ost-Berlin Kontakt aufzunehmen. Auch von dort wurde der Versuch u.W. nicht gemacht. Die Gründe für diese, von heute aus gesehen, erstaunliche und befremdliche Tatsache müssten in einem eigenen Beitrag untersucht werden. Jedenfalls gehörten Besuche der Staatsoper unter den Linden, des Kabarets „Die Distel“, Ausflüge mit der „Weißen Flotte Ost“ auf der Spree, Besuche in Potsdam und die Besorgung von Büchern, u.a. der „Blauen Bände“ der Marx/Engels Werkausgabe (MEW) des Aufbau-Verlages in Ostberliner Buchhandlungen für die meisten von uns zum kulturellen Leben in unserer geteilten Stadt. Das war zwar mit Unbequemlichkeiten verbunden (Visumstelle, Grenzübergang, Tagsgeld), aber wir nutzten diese Möglichkeiten, die MitarbeiterInnen des Ost-Instituts in umgekehrter Richtung nicht hatten.

Mit einem Wort: Wir waren uns so fremd wie es fremder kaum geht, obwohl an beiden Instituten Menschen zu SozialpädagogInnen ausgebildet wurden, deren Zielgruppe in beiden Teilen Deutschlands Kinder und Jugendliche waren und die Sozialpädagogik/Jugendhilfe von ihren Anfängen bis 1945 eine gemeinsame Geschichte, mit allen ihren Widersprüchen, Aufbrüchen und Verstrickungen, hatte.

Wie würden wir uns jetzt begegnen? Das Generationenspektrum reichte von den Gründern der Institute Mannschatz (Jahrgang 1927) und Müller (1928) über die in den 30er und 40er Jahren Geborenen bis hin zu den AssistentInnen und wissenschaftlichen MitarbeiterInnen, die, nach der Teilung Deutschlands geboren, ihr ganzes Leben in der DDR bzw. der Bundesrepublik gelebt hatten, oder wie zwei Frauen unseres Teams in der Schweiz und in den USA. Dieses weitgefächerte Generationen- und Herkunftsspektrum enthielt jenseits der jeweiligen Gruppenzugehörigkeit auch noch bedeutende individuelle Unterschiede: Teilnahme an Sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik bei uns, an Partei und Massenorganisationen bei den DDR-KollegInnen und nicht zuletzt die unterschiedlichsten individuellen Erfahrungen der West-Leute mit dem DDR-Staat. So hatte z.B. Kappeler Anfang der 70er Jahre (1971-74) als Mitarbeiter der Ev. Studienzentrale Burckhardthaus kirchliche Mitarbeiter in der DDR gruppenpädagogisch und gruppenspezifisch weitergebildet und war als Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Erziehung und Klassenkampf“ zusammen mit der ganzen Redaktionsgruppe von der Pädagogischen Akademie der DDR beschuldigt worden, „mit Marx in der Hand die Arbeiterjugendlichen von ihrer Klasse entfremden“ zu wollen. Die DDR-orientierten Linken in der Bundesrepublik wurden aufgefordert, mit allen Mitteln diesen „linken Opportunismus“

zu bekämpfen. Ein Freund Kappeler in der DDR wurde verhaftet, nach Bautzen gebracht und schließlich „frei gekauft“ und nach West-Berlin abgeschoben. Neben seinem Protest gegen die Ausbürgerung von Wolf Biermann wurde ihm vorgeworfen, mit Kappeler in der DDR „anarchistische“ Kreise gründen zu wollen. C.W. Müller verließ mit seinem Vater die Sowjetische Besatzungszone, weil dieser, ein von der GESTAPO verfolgter und verhafteter Sozialdemokrat und Gewerkschafter, sich dem wirtschaftspolitischen Kurs der SED widersetzte und erneut zum politisch Verfolgten wurde.

Wahrscheinlich gab es auf unserer Seite niemanden, der sich Illusionen über den politischen Charakter des DDR-Systems machte, aber viele, vielleicht sogar alle, die sich vorstellen konnten, dass in der DDR nach dem Ende des autoritären Sozialismus ein Aufbruch möglich wäre, wie der „Prager Frühling“ in den sechziger Jahren, der in Zeiten von Glasnost und Perestroika nicht wieder durch Panzer der „sozialistischen Bruderländer“ niedergewalzt werden konnte. Sicher ist, dass wir keine kapitalistische „Übernahme“ der DDR wollten. Wir verstanden uns als kritische SozialpädagogInnen/ErziehungswissenschaftlerInnen in einer bürgerlich/kapitalistischen Gesellschaft; das war das Profil des Instituts für Sozialpädagogik an der TU-Berlin. Wir alle waren mehr oder weniger aktiv mit den Sozialen Bewegungen der „langen achtundsechziger Jahre“ und der Jahre danach verbunden und wünschten uns nach dem Ende der Deutschen Teilung gesellschaftliche Veränderungen, für die wir uns in den vergangenen Jahrzehnten in der Bundesrepublik eingesetzt hatten. Unsere mit dem Fall der Mauer verbundenen Gefühle und Hoffnungen unterschieden sich sehr von der „Siegermentalität“, die sich in der Bundesrepublik schon bald breit machte, nachdem die ersten, die Unterschiede für kurze Zeit überdeckenden Freudenstürme über die friedliche Revolution und die Vereinigung der Deutschen, abklangen.

Wir machten uns auf den geografisch kurzen – zu Fuß eine halbe Stunde – politisch aber sehr weiten Weg von der TUB in die HUB mit dem festen Vorsatz, unseren unbekanntem KollegInnen dort nicht als die Sendboten eines „historisch siegreichen und überlegenen gesellschaftlichen Systems“ und nicht als Beurteilende/Verurteilende und Besser-Wissende zu begegnen.

An einem langen Tisch saßen wir uns auf steifen, mit grünem Kunstleder gepolsterten Konferenzstühlen gegenüber, in einem Saal, der für eine persönlichere, neugierige Kommunikation nicht geeignet war. Steif, förmlich und verklemmt begegneten sich zwei „Delegationen“. Die Inszenierung machte uns, die wir uns nicht als Delegation von irgendwem und für irgendwas verstanden, gegen unseren

Willen dazu. Auf beiden Seiten dominierte die Unsicherheit, aber die hatte wohl sehr unterschiedliche Ursachen. Auf der einen Seite des Tisches wir TU-SozialpädagogInnen, ein „bunter Haufen“ in lockerer winterlicher Alltagskleidung, auf der anderen Seite die HU-SozialpädagogInnen in offizieller Konferenzkleidung. Wir bei der Vorstellung ohne hierarchische Abstufung und Reihenfolge, so, wie wir uns zufällig platziert hatten, stellten uns jede(r) selbst vor – sie, in hierarchischer Reihenfolge platziert, wurden vom Chef mit der Nennung ihrer akademischen Titel (Promotion 1 und Promotion 2/Äquivalent zur Habilitation) und Funktionen vorgestellt. Wir, verunsichert durch das ungewohnte Ambiente und den Kommunikationsstil, aber an dem Fortbestehen unseres geliebten Instituts mit seinem Diplomstudiengang interessiert. Dass wir 2005 als indirekte Folge der Wiedervereinigung Berlins „abgewickelt“ würden, ahnten wir damals nicht. Sie, wahrscheinlich verunsichert durch den „bunten Haufen“, aber mehr noch durch den Zusammenbruch des Staates, in dessen Institutionen sie bis zu diesem Tag gearbeitet hatten, mit all den Unwägbarkeiten, die sich für jede(n) Einzelne(n) und für ihr Institut daraus schon morgen ergeben könnten.

Zur Erinnerung: Im Januar 1990 gab es noch die DDR unter Führung der SED. Dass es schon bald Wahlen zur DDR-Volkskammer mit dem Sieg der CDU, dem ersten frei gewählten Parlament, einer neuen Regierung und den diversen Runden Tischen geben würde, konnte niemand wissen. Die Währungsunion vom 1.7.1990, die „Beitrittsverhandlungen“ und der „Beitritt“ am 3.10.1990 waren noch nicht in Sicht. Klar war für die DDR-KollegInnen nur eins: Alles würde anders werden. Aber wie würde es werden? Und was wollten sie selbst? Wie sollte es nach ihren Wünschen und Hoffnungen weitergehen? So verschlüsselt war die Zukunft noch nie. All das bildete den Hintergrund unserer Begegnung, aber es wurde nicht darüber gesprochen. Tausend Fragen werden sich in den Köpfen auf beiden Seiten des Tisches gedreht haben, aber keine einzige wurde ausgesprochen. Die alles beherrschende Frage auf beiden Seite des Tisches war, so erscheint es uns im Rückblick: „Wie sehen uns die auf der anderen Seite?“ Klar war allerdings auch, dass wir, wie immer man die Lage auch betrachten mochte, auf der besseren Seite saßen, was die Sicherheit bzw. das Nicht-Gefährdet-Sein, den Ausblick auf die nähere und weitere Zukunft und das gesamte Lebensgefühl anbetraf. Wir von der TUB konnten von unserem sicheren Boden aus die gewaltigen und unverhofften Ereignisse jener Wochen, die vielleicht nirgends in Deutschland so dramatisch und bewegend waren wie in Berlin, in einer positiven Stimmung von aufgeregter Neugier, mögliche Anfänge und Aufbrüche erleben. Weil wir nicht darüber geredet haben und uns scheuten, solche Fragen zu stellen, wissen wir nicht, wie die Frauen und Männer des HU-Instituts diese Wochen und Monate

nach der „Wende“, wie diese Zeit von heute aus gesehen bezeichnet wird, erlebt haben, wie sie sich gefühlt haben. Wir nahmen aus naheliegenden Gründen aber an, dass es ihnen schlecht gehen musste, dass Unsicherheit und Existenzängste, Identitäts- und Statusfragen ihnen große Sorgen bereiten würden.

Aus dieser Annahme, neben allen oben angedeuteten politischen Aspekten, resultierte unsere Haltung, die wir, das heißt C.W. Müller und Manfred Kappeler – denn wir können natürlich nur für uns sprechen – heute als „Empathie bei zurückgehaltener Kritik“ bezeichnen möchten. Dabei muss bedacht werden, dass für die Empathie, also das Eingehen und Mit-Fühlen, in dieser Begegnung unmittelbare Voraussetzungen gegeben waren. Für eine wissenschaftlich fundierte Kritik, und nur um eine solche konnte es gehen, fehlten uns aber zu diesem Zeitpunkt wichtige Voraussetzungen. Denn das ideologische Argumentationsschema „DDR gleich Unrechtsstaat versus Bundesrepublik als demokratischer und sozialer Rechtsstaat“, von dem aus sich so frisch wie arrogant vom Leder ziehen lässt und die Geschichte der deutschen Teilung sich so wunderbar einfach in böse dort und gut hier einteilen lässt, kam für uns nicht in Frage. In der aktuellen „Mannschaftskontroverse“ ist dieses Argumentationsmuster immer noch zu hören. Ohne das untereinander explizit verabredet zu haben, orientierten wir uns deshalb damals an der uns vertrauten gängigen Praxis internationaler Fachkonferenzen, bei denen VertreterInnen jeder Seite die Praxis ihres Landes und deren Begründungen vortragen und auf Nachfragen antworten. Die Bewertung der ländertypischen Handlungsprofile und deren Ableitung bleiben einer späteren, reflektierenden Phase überlassen. Wir haben im Nachhinein festgestellt, dass diese vorsichtige Praxis bei den Studierenden aus Ost und West eine aufklärende Wirkung hatte.

So kam es, dass wir im Januar 1990 am Konferenztisch in der HU in Ost-Berlin über unverfängliche eher formale Sachen wie den organisatorischen Aufbau der beiden Institute, ihre Stellung in der jeweiligen Universität, über den grundständigen Diplomstudiengang hier und den Aufbaustudiengang dort, über die Zugangswege zum Studium und über die Voraussetzungen „unserer“ StudentInnen redeten. Dabei erfuhren wir, dass zum Aufbaustudiengang an der HUB nur berufserfahrene Leute mit einschlägiger Vorbildung aus pädagogischen Einrichtungen und Ämtern der DDR zugelassen wurden, d.h. von den Leitungen dieser Einrichtungen und Ämter bzw. deren übergeordneten Stellen „delegiert“ wurden. Soweit wir uns erinnern, fiel der in der DDR für solche Menschen übliche Begriff „Kader“ nicht. Niemand von unserer Seite stellte die nahe liegende Frage, wer nach welchen Kriterien diese Auswahl traf, was „Delegation“ bedeutete. Obwohl sicher jedem von uns sofort klar war, dass eine *freie* Bewerbung

um einen der wenigen Studienplätze in diesem einzigen sozialpädagogischen Studiengang für Führungskräfte in der DDR-Jugendhilfe damit nicht gemeint sein konnte. Diese Frage hätte unser Gegenüber unweigerlich in die defensive Rechtfertigung getrieben. Das wollten wir nicht und deswegen haben wir diese Frage nicht gestellt.

Statt einer offenen Kommunikation betrieben wir eine formalisierte Konversation. Dafür bot unsere Fachsprache nach vierzig Jahren Trennung noch genügend Gemeinsamkeiten: Jugendhilfe, Jugendamt, Erziehungsprobleme von Eltern/Familien mit heranwachsenden Kindern und Jugendlichen, Schule, Berufsausbildung, Heimerziehung usw., ein hinreichender sozialpädagogischer „Sprachschatz“, der für den Anfang reichte, wenn man diese Begriffe nicht problematisierte. Das ermöglichte allen Beteiligten, nicht in die Tiefe gehen zu müssen. Kurz: es war ein Eiertanz mit ungleich verteilten Chancen auf einer stark asymmetrischen Grundlage. Allerdings: Dem Abziehbild vom „linientreuen SED-Funktionär“, das vom DDR-Fernsehen rings um den 40. Jahrestag fast täglich präsentiert wurde, entsprachen die Frauen und Männer des Sozialpädagogischen Instituts der Humboldt-Universität nicht. Sie wirkten auf uns anders als die im Ost-Fernsehen gezeigten Frauen und Männer auf dem DDR-Pädagogen-Kongress in Berlin im Oktober 1989, die, an ihrer Spitze die beiden Honeckers, trotzig mit erhobenen Fäusten die Zukunft der Erziehung der Kinder und Jugendlichen zu „allseitig entwickelten sozialistischen Persönlichkeiten“ beschworen, während in den Straßen „ihres“ Landes die für Freiheit und Demokratie demonstrierenden Menschen von der Polizei zusammengeschlagen und verhaftet wurden. Wir wissen es nicht, aber es ist wahrscheinlich, dass einige, die uns wenige Wochen später gegenüber saßen, auch an dieser letzten PädagogInnen-Versammlung der DDR teilgenommen hatten. Jetzt, im Januar 1990, trafen wir Menschen, die sich in jungen Jahren entschieden hatten PädagogInnen zu werden und die, als sie diesen Beruf wählten, sicher überzeugt waren, dass Erziehung in den Gegebenheiten ihrer Gesellschaft eine notwendige und sinnvolle Berufsarbeit ist, eine professionelle Tätigkeit, die in Praxis und Theorie ihren je individuellen Lebensweg zu einem bedeutenden Teil bis zu diesem Tag bestimmt hatte. Das war bei uns unter unseren Bedingungen nicht anders. Nur: Ihre Lebensentscheidung und Lebensarbeit war mit dem zu diesem Zeitpunkt noch nicht vollzogenen Untergang der DDR existenziell in Frage gestellt – umfassend, also ideell und materiell. Dieser Unterschied machte die kommunikativ nicht aufhebbare Asymmetrie dieser Begegnung aus, und das war uns vollkommen bewusst. Deshalb Empathie und nicht Kritik.

War das ein falsches „sozialpädagogisches Schonprogramm“? Wir haben uns damals die Frage von „richtig“ oder „falsch“ nicht gestellt. Wir haben uns so verhalten, wie es unserer zu diesem Zeitpunkt begrenzten Einsicht in die Realitäten der DDR-Jugendhilfe, der komplexen „historischen Situation“ jener dramatischen Tage, Wochen und Monate und unserem politischen und wissenschaftlich-fachlichem Selbstverständnis, bei allen individuellen Unterschieden, entsprach. Allen Mitgliedern des TU-Instituts für Sozialpädagogik gemeinsam war (in Theorie und Praxis) eine kritische Haltung gegenüber den gesellschaftlichen Strukturen und den Bedingungen für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in der Bundesrepublik. Diese Haltung hatte sich durch alle Bedrückungen, Verwerfungen und auch Verstrickungen von zweieinhalb Jahrzehnten durchgehalten und bildete das einigende Band unseres ansonsten ziemlich heterogenen „Lehrkörpers“. In der Begegnung mit den ProfessorInnen und Wissenschaftlichen MitarbeiterInnen des sozialpädagogischen Instituts der HU war uns ohne Vorabgespräche und wie selbstverständlich klar, dass es unfair und unhistorisch wäre, die Maßstäbe und die Praxis unserer Gesellschaftskritik in und an der Bundesrepublik als kritische Messlatte an die Praxis unserer Ostberliner KollegInnen in der DDR anzulegen. Wir wussten, dass unsere Kritik, auch wenn sie im Einzelfall wirklich radikal war und mit harten staatlichen Reaktionen beantwortet wurde (Berufsverbote), in einer, bei allen Versuchen der Einschränkung, letztlich doch immer funktionierenden demokratischen Öffentlichkeit stattfinden konnte, die auch radikalen KritikerInnen, sofern sie nicht in den militanten Untergrund gingen, einen Schutz bot und wirksame Solidarität ermöglichte. Das war ein entscheidender, wenn nicht *der* entscheidende Unterschied zur Situation in der DDR. Wer hätte von sich mit Sicherheit behaupten können, dass er sich angesichts der existenziell zupackenden und das Leben von „Dissidenten“ dauerhaft beschädigenden, wenn nicht gar zerstörenden staatlichen Repressionen in der DDR nicht angepasst hätte? In der Bundesrepublik gab es zu jedem Zeitpunkt ihres Bestehens für die selbst überwiegend aus dem Bürgertum kommenden linken Intellektuellen einen Kernbestand bürgerlicher Freiheiten, den es in der DDR nie gegeben hat. Auch wenn diese im Grundgesetz verankerten politischen Freiheitsrechte in der Geschichte der Bundesrepublik immer wieder bedroht wurden, auch wenn sie in einzelnen Fällen staatlicher Gewaltanwendung gebrochen und missachtet und sogar für ganze Gruppen der Bevölkerung außer Kraft gesetzt wurden, wie bei den bis weit in die siebziger Jahre in der Heimerziehung entrechteten Kindern und Jugendlichen, blieben diese Freiheitsrechte für die kritischen linken PädagogInnen und SozialarbeiterInnen im Kern erhalten. Nicht zuletzt aus diesem Grund war es uns möglich,

in den sechziger und siebziger Jahren mit solchen radikalen Aktionen wie der Heimkampagne, den Psychiatrie- und Knastinitiativen u.a.m. die systematische Entrechtung und Entwürdigung der „Insassen“ der totalen Institutionen so öffentlich-wirksam zu skandalisieren, dass der damit erzeugte politische Druck in Reformen mündete, die den postfaschistischen Verhältnissen in Anstalten der Sozialen Arbeit schließlich in den Achtzigern ein Ende bereiteten.

Das war, als die Mauer fiel, alles noch gar nicht so lange her. Es war aber, bei allen Unzulänglichkeiten dieser Reformen und angesichts der Tatsache, dass Vieles des damals Erreichten heute bereits wieder in Frage gestellt wird und im Bestand bedroht ist, eine Erfolgsgeschichte, die unser Lebensgefühl positiv prägte und unser Denken und Handeln dauerhaft bestimmte.

Es war uns bewusst, dass unsere so unverhofft neuen GesprächspartnerInnen solch ein gutes Lebensgefühl, sofern sie es aus ihren ganz anderen Erfahrungen gewonnen hatten, zum Zeitpunkt unserer Begegnung nicht mehr haben konnten. Es war für uns nicht schwer nachzuvollziehen, was das für jede(n) Einzelne(n) von ihnen bedeuten musste, auch wenn sie nicht darüber redeten.

Die Begegnung im Januar 1990 endete mit der Verabredung einer gemeinsamen Lehrveranstaltung zur „Geschichte der Heimerziehung in Deutschland“, die von Kappeler (TUB) und Klaus Schorner (HUB) für das Sommersemester 1990 vorbereitet wurde. Aus dem geplanten Seminar wurde wegen der vielen TeilnehmerInnen aus beiden Studiengängen eine Vorlesung, die im wöchentlichen Wechsel in Ost-Berlin und in West-Berlin stattfand. Alle Lehrenden beider Institute waren daran beteiligt. Thematisch wurde über den Fokus Heimerziehung weit hinausgegangen. Einen Schwerpunkt bildete z.B. das von Christina Thürmer-Rohr und ihren Mitarbeiterinnen in unserem Studiengang entwickelte feministische Frauenstudium. Trotz dieser engeren Zusammenarbeit und den vielen Treffen blieben wir in dem Modus der ersten Begegnung gefangen, der sich angesichts der in den Monaten nach der Öffnung der Grenze aggressiver werdenden Übernahmehetorik im Westen eher noch verstärkte.

Das Ergebnis war eine ans Absurde grenzende gesplante Darstellung der Geschichte, sobald in dieser Lehrveranstaltung über die Entwicklung der Jugendhilfe seit der Gründung der beiden Deutschen Staaten im Jahr 1949 referiert wurde: Wir sprachen über die Kinder und Jugendliche entwürdigende und entrechtende gewaltförmige Erziehung in Heimen öffentlicher und freier Träger der Bundesrepublik, in denen bis weit in die siebziger Jahre die Sichtweisen und Methoden der alten, durch die NS-Jugendhilfe noch verschärften Fürsorgeerziehung noch

dominant waren, über die vergeblichen Versuche von ReformerInnen, diese menschenverachtende Praxis im Kernbereich der Jugendhilfe zu verändern, über die Skandalisierung dieser Verhältnisse durch die unter der Bezeichnung „Heimkampagne“ zusammengefassten Aktionen der Außerparlamentarischen Opposition, den in den folgenden zwanzig Jahren erreichten Paradigmenwechsel und seine, wie wir damals glaubten, Festschreibung in dem neuen Kinder- und Jugendhilfegesetz, das unmittelbar vor seiner Verabschiedung durch den Bundestag stand: Ersatzlose Streichung der Geschlossenen Unterbringung, Streichung des unseligen Verwahrlosungsbegriffs, Ausbau der mit individuellen Rechtsansprüchen versehenen Hilfen zur Erziehung, Beteiligung der Kinder, Jugendlichen und ihrer Familien an den sie betreffenden Entscheidungen der Jugendhilfe, die Notwendigkeit, den eingeleiteten Reformprozess weiterhin kritisch zu begleiten.

Die KollegInnen aus der Humboldtuniversität stellten dagegen ohne kritische Kommentierung das System der Jugendhilfe in der DDR als ein gelungenes Projekt im Interesse des guten Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen vor. Kein Wort über die gewaltförmige Erziehung zur Anpassung an die von der Staats- und Parteiführung vorgegebenen Normen, kein Wort über die harten Sanktionen gegenüber Heranwachsenden, die sich dem nicht fügen wollten und Widerstand leisteten, keine Erwähnung des das ganze Feld der Jugendhilfe disziplinierenden Schlusssteins, dem geschlossenen Jugendwerkhof Torgau. Stattdessen die reine Lehre der Kollektiverziehung nach Makarenko im Gewand der von Mannschatz ausgearbeiteten DDR-Rezeption.

Dieses Muster zog sich durch die ganze Lehrveranstaltung. Als die Frauen unseres Instituts über die an Kindern in Familien und im familiären Umfeld verübte sexuelle Gewalt und das von Thürmer-Rohr wissenschaftlich begleitete Projekt „Wildwasser“ berichteten, sagten die KollegInnen aus Ost-Berlin, da es solche Erscheinungsformen in der DDR nicht gäbe, seien auch solche Projekte nicht erforderlich.

Unsere Zweifel an diesem schönen Bild einer heilen sozialistischen Jugendhilfewelt behielten wir für uns, fragten nicht nach, wollten nicht konfrontieren, nicht einstimmen in den Chor der Sieger. Allerdings wären wir auch nicht zu einer wissenschaftlichen, durch Kenntnisse und Einblicke gestützten Kritik in der Lage gewesen. Dafür fehlten uns zu diesem Zeitpunkt schlicht die Voraussetzungen. Und hätten wir denen, die gestern noch an vorderster Stelle die Jugendhilfe der DDR in Theorie und Praxis mit zu verantworten hatten, heute eine kritische Wendung abgenommen? Die „Wendehälse“ waren im Sommer 1990 schon überall unterwegs. Zu dieser Gattung gehörten unsere KollegInnen aus dem Ost-Institut jedenfalls nicht.

So blieb es zunächst bei Empathie ohne Kritik und einer behutsamen Annäherung. Als gegen Ende des Jahres 1990 deutlich wurde, dass der Aufbaustudiengang an der HU mitsamt der ganzen Erziehungswissenschaft als „ideologieträchtiges“ Fach abgewickelt werden sollte, haben wir uns gemeinsam mit dem Sozialpädagogischen Institut an der Freien Universität (FUB) gegenüber dem Berliner Senat mit einer ausführlichen Begründung für den Erhalt dieses Studiengangs eingesetzt. Wir waren der Meinung, dass die mit dem Zusammenbruch des SED-Staates einhergehenden gesellschaftlichen Verwerfungen Kinder und Jugendliche besonders stark betreffen werden – was sich in den Folgejahren ja leider auch bestätigte – und die „Entwicklungshilfe“ aus dem Westen dringend der Expertise erfahrener DDR-Jugendhilfe-Akteure bedürfe. Zu diesem Schritt motivierte uns auch die Hoffnung, dass in einer kontinuierlichen Kooperation mit den beiden Westberliner Sozialpädagogischen Universitätsinstituten das Curriculum und die Didaktik/Methodik des Ostberliner Studiengangs auf die neuen Herausforderungen der Jugendhilfe/Sozialpädagogik auf dem Gebiet der nunmehr „ehemaligen“ DDR ausgerichtet werden könnte. Ein wichtiges Motiv war auch unsere Auffassung, dass einige Organisationsprinzipien der Jugendhilfe in der DDR in die Jugendhilfe der neuen gesamtdeutschen Bundesrepublik transformiert werden könnten: die Verbindung von Jugendhilfe und Schule, die Statusgleichheit von GrundschulpädagogInnen und ErzieherInnen in Ausbildung und Bezahlung, eine stärkere Verknüpfung der Jugendhilfe mit der Berufsausbildung von Jugendlichen in Industrie, Handwerk und Dienstleistungsgewerbe und die Jugendhilfekommissionen auf kommunaler Ebene. Wir konnten uns vorstellen, dass ohne die ideologische und politische Steuerung durch den staatlichen Jugendverband FDJ und die SED-Organe in den Bezirks-, Kreis- und Stadtverwaltungen diese Strukturen in modifizierter Form helfen könnten, die seit Jahrzehnten beklagte „Versäulung“ in der Jugendhilfe der Bundesrepublik aufzuheben. Ein weiteres Motiv für unsere Initiative war die Überzeugung, dass das vereinigte Berlin mit seinen fast vier Millionen EinwohnerInnen und seinem Brandenburgischen „Umland“ neben den zwei grundständigen Studiengängen an TU und FU einen Aufbaustudiengang für berufs- und lebenserfahrene Frauen und Männer gut gebrauchen könnte.

Unsere Initiative konnte hochschulpolitisch nicht durchgesetzt werden. Das Sozialpädagogische Institut der Humboldt-Universität wurde abgewickelt. Der mit Empathie im unmittelbaren „Wende-Geschehen“ begonnene Annäherungsprozess konnte nicht zur forschungsbasierten wissenschaftlichen Kritik gelangen, weil die dafür erforderliche organisatorische und materielle Grundlage

nicht mehr gegeben war. Eberhard Mannschatz und einige seiner KollegInnen wurden RentnerInnen, die jüngeren MitarbeiterInnen des Instituts mussten sich neue Arbeitsplätze suchen, was, soviel wir wissen, ihnen in Ost und West auch gelang. Aus den organisierten Kontakten von Institut zu Institut des Jahres „Eins“ nach dem Fall der Mauer wurden mehr oder weniger dichte Einzelkontakte, die meisten aber versiegten ziemlich schnell.

Gegen Ende des Jahres 1994 schrieb Manfred Kappeler eine kritische Bilanz zur sozialpädagogischen Ost-West-Begegnung im universitären Rahmen, die 1995 in seinem Essayband *Plädoyer für das umherschweifende Leben* veröffentlicht wurde. In diesem Text bildet die Kritik an dem disziplinierenden Umgang der DDR- Behörden einschließlich der Jugendhilfe mit non-konformistischen Jugendlichen einen Schwerpunkt. Die Basis dieser Kritik waren die Berichte der vielen Studentinnen und Studenten aus der ehemaligen DDR, die seit dem Sommersemester bei uns studierten. Diese jungen Frauen und Männer waren in der DDR gerade erst erwachsen geworden. Sie brachten ihre Sozialisationserfahrungen aus erster Hand und mit einer geradezu leidenschaftlichen Offenheit in die Lehrveranstaltungen ein. Fasziniert waren wir von der Direktheit und der Neugier, mit der diese StudentInnen auf ihre KommilitonInnen aus West-Berlin und den „alten Bundesländern“ zugehen. „Wie war das bei Euch? – So war es bei uns!“ – das war das Leitmotiv jener ersten Jahre.

Mit zwei Zitaten aus Kappelers Text, die heute gelesen wie zeithistorische Schlaglichter wirken, wollen wir diesen „Rückblick“ beschließen:

Die Lehrenden am Institut für Sozialpädagogik der TUB sind sich einig in der Auffassung, dass die StudentInnen aus der ehemaligen DDR das Studium inhaltlich und atmosphärisch in einem guten Sinne verändert haben. Die Lehrveranstaltungen, vor allem die zentrale Einführungsveranstaltung für die ersten Semester [wöchentlich vier Stunden über zwei Semester mit jeweils einer mehrtägigen Reise in eine Bildungseinrichtung außerhalb Berlins, M.K. und C.W.M.] wurden zu Orten eines intensiven Erfahrungsaustausches zwischen jungen Erwachsenen aus der DDR und der BRD. Dabei ging die Initiative – ich gestehe, zu meiner Überraschung – von den „Ossis“ aus. Im Gegensatz zu den „Wessis“ hatten sie sich schnell gefunden, bestärkten sich gegenseitig in einer offenen Fragehaltung: „Wie war das bei Euch?“ und lösten mit einer beharrlichen Kommunikationsbereitschaft die abwartende, sich bedeckende – auch etwas erschreckte – Zurückhaltung der aus der BRD Kommenden schnell auf. [...] Und so hin und her gefragt, geantwortet, nachgefragt, erläutert, hinterfragt, an Nicht-Verstehen und Miß-Verstehen sich reibend, über Ähnlichkeiten sich ebenso wundernd wie über gravierende Unterschiede, das alles vielfach gebrochen durch die individuellen Lebensgeschichten und so, den gegenseitigen Stereotypen auf die Spur

kommend, wurde das Monologisieren in der jeweiligen 'Sozialisationsgruppierung' (Ost/West) vermieden [...].

Abschließend sei mit einem gewissen Neid und großer Freude bemerkt, dass die 20-25jährigen „Ossis“ und „Wessis“ (jedenfalls in unserem Studiengang) sich sehr viel freier – angstfreier – mit weniger „Vorsichtigkeit“ befragen, als wir 40-60jährigen aus Ost und West. Sie sind halt nicht so verstrickt in diese unsägliche Geschichte der beiden deutschen Staaten, für sich und im Gegeneinander, und haben es nicht nötig, sich auf Schritt und Tritt zu rechtfertigen oder auf „Fettnäpfchen“, in die man leicht treten kann, zu achten.

Heute, 23 Jahre später, am Punkt einer fortgeschrittenen Aufklärung über die Heimerziehung und die sie tragenden Jugendhilfesysteme in der Bundesrepublik und der DDR, kann im Hinblick auf die Anerkennung der Vergangenheitsschuld in Wort und Tat immer noch keine uneingeschränkt positive Bilanz gezogen werden. Die damals für die schwarze Pädagogik in den Heimen und für die Wege in diese Heime Verantwortlichen: die BundesministerInnen für Jugend und Familie und ihre StaatssekretärInnen und AbteilungsleiterInnen sowie ihre KollegInnen in den Bundesländern, die Leitenden in Landesjugendämtern, Jugendämtern, Gerichten und Heimträgern im Westen und die Ministerin und die Leiter der Abteilung Jugendhilfe im DDR-Volksbildungsministerium, der Bezirke und Heimkombinate haben, sofern sie noch leben – und einige leben noch – eine vorbehaltlose Anerkennung des Kindern und Jugendlichen unter ihrer Verantwortung in Einrichtungen der Jugendhilfe zugefügten Unrechts und Leids bis heute nicht ausgesprochen. Sie haben ihre Bring-Schuld gegenüber den überlebenden Heimkindern in Ost und West bis heute nicht erfüllt. Sie kann ihnen durch die „Runden Tische“ und die überwiegend im Duktus des „Bedauerns“ abgegebenen Erklärungen ihrer NachfolgerInnen auf den Entscheidungs- und Verantwortungsebenen der Jugendhilfe im Bundestag, den Länderparlamenten und Verbänden im vereinigten Deutschland – bei gleichzeitiger Ablehnung der Entschädigungsforderungen der ehemaligen Heimkinder in West und Ost – auch nicht abgenommen werden. Nicht nur in den autoritären Strukturen der Heimerziehung in der BRD und der DDR gab es große Ähnlichkeiten, auch die Formen der Verweigerung der für diese Strukturen in Ost und West ehemals Verantwortlichen, sich heute selbstkritisch mit ihnen auseinander zu setzen und das in ihnen Kindern und Jugendlichen zugefügte Unrecht und Leid vorbehaltlos anzuerkennen, haben eine weitgehende Übereinstimmung.

*Manfred Kappeler, Belziger Str. 38, 10823 Berlin
E-Mail: drkappeler@arcor.de*

C.W. Müller, Bozener Str. 3, 10825 Berlin